

Die Stadt Angermünde und ihr Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Angermünde ist eine Kleinstadt im Norden Brandenburgs, die 1999, als wir als Regionalteam unsere Arbeit aufnahmen, um die 11 000 Einwohner hatte. Heute, nach der Gemeindegebietsreform, sind es ca. 15 000 Einwohner. Als wir – verantwortlich für die Landkreise Uckermark und Barnim – unsere Arbeit aufnahmen, war Angermünde in Sachen Rechtsextremismus schon lange kein unbeschriebenes Blatt mehr. Zahlreiche Übergriffe, Brandanschläge auf eine linksorientierte Jugendeinrichtung und auf Personen, die der politischen Linken zugerechnet wurden, erschreckten und beunruhigten nicht wenige Menschen. Dennoch wurde von einer großen Mehrheit verdrängt, dass in der Stadt Rechtsextremismus und ausländerfeindliche Haltungen existieren. Das Problem wurde eher als Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Jugendgruppen heruntergespielt als dass es offen benannt und behandelt wurde. Viele sahen ihre Stadt durch die Medien in ein schlechtes Licht gerückt, die natürlich über die Übergriffe berichteten. Nach ersten Gesprächen mit Verantwortungsträgern der Stadt spürten wir einerseits eine große Hilfslosigkeit im Umgang mit rechtsextremen Phänomenen und andererseits den Wunsch, die Stadt vor öffentlicher Ächtung zu schützen. Und da war auch die Unsicherheit, sich öffentlich zu positionieren.

Der Neonaziaufmarsch im Februar 1999 war schließlich der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte und engagierte Bürgerinnen und Bürger auf den Plan rief. Im Grunde fühlten sich viele Angermünder unter Druck gesetzt durch die Negativschlagzeilen der Medien in den vorangegangenen Wochen. Viele fühlten sich ungerecht behandelt – sicher zu recht, da sie mit der Ideologie der NPD und ihrer Anhänger tatsächlich nichts am Hut hatten. Sie wollten sich von dem vermeintlich von außen zugewiesenen Stigma einer braunefärbten Stadt befreien und sahen sich insofern gezwungen, endlich auch öffentlich aktiv zu werden. Etwa nach dem Motto: „Das lassen wir uns nicht bieten, so sind wir Angermünder nicht.“

In diese Situation, nachdem Antifa-Kreise Angermünde längst als „Braunes Nest“ abgestempelt hatten, die Verantwortungsträger der Stadt vor allem die Sorge um das Image der Stadt umtrieb und viele Bürgerinnen und Bürger nur Einzelfälle und keine besorgniserregende Entwicklung wahrnehmen wollten, fiel der Beginn unseres Projekts.



Rathaus Angermünde



Angermünder Marktbrunnen

Als wir damals unser Projekt in der Stadtverwaltung vorstellten, mussten wir zunächst Vorurteile ausräumen, die mit der früheren Tätigkeit einer anderen Organisation zusammenhingen.

Aus der Kommunikationstheorie wissen wir, dass die Botschaft einer Mitteilung beim Empfänger entsteht. Es war also sehr wichtig, dass bei dieser ersten Kontaktaufnahme die Aussprache zur Sache nicht durch alte Vorbehalte dominiert wurde. Dass dies dann tatsächlich nicht passierte, lag in unserem gemeinsamen Interesse. Wir erfuhren eine totale Offenheit des Verantwortungsträgers der Stadt, der er umgekehrt auch bei uns begegnete. Im Gespräch nahmen wir die Imagesorge der Stadt *positiv* auf und werteten sie nicht ab, wie das oft in den Medien erfolgt war. Wir legten den Akzent immer wieder auf das, *wofür* (und nicht *wogegen*) die Stadt Angermünde steht, um damit die Imagesorgen in der Auseinandersetzung mit einer geplanten NPD-Demo produktiv werden zu lassen.

Heute wissen wir, dass das Gespräch schief gelaufen wäre, wenn wir nicht zwei wichtige Punkte beachtet hätten: Erstens ist es in derartigen Beratungsgesprächen wichtig, sein Gegenüber in seiner ganzen Autonomie, mit all seinen Befindlichkeiten, wozu auch Ängste und Fragen gehören, ernst zu nehmen und ihm vorbehaltlos zuzuhören. Zweitens haben wir als Beratende auch uns klar zu erkennen zu geben, mit unserer Autonomie gewissermaßen. In unserem Bestreben, etwas gegen Rechtsextremismus zu unternehmen, und für das Problem zu sensibilisieren, haben wir uns nicht auf Kosten unseres Gesprächspartners profiliert, sondern ihn in seinen Befürchtungen ernst genommen.

Wir boten uns als Partner an, weil wir es damals wie heute wichtig finden, dass die Verantwortungsträger einer Stadt in der Frage der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen und der Verankerung demokratischer Werte meinungsbildend wirken und wir dabei Unterstützung geben möchten.

Dieses Anfangsgespräch war für den weiteren Verlauf der Entwicklung eines Bürgerbündnisses in Angermünde gewissermaßen ein Schlüsselge-



Die Berliner Strasse wird rekonstruiert



Innenstadtansicht

spräch: An die Stelle von Vorurteilen und Vermutungen trat das ehrliche Gespräch zu einem Sachthema. Darauf konnten wir in der weiteren Arbeit aufbauen.

Das Bürgerbündnis „Für eine weltoffene, tolerante und Gewaltfreie Stadt Angermünde“

Schon einmal, 1998, hatte sich in Angermünde auf Einladung des Bürgermeisters ein Forum zusammengefunden, das nach den Erfahrungen des Belziger Forums etwas gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit tun wollte. Vorangegangen waren Überfälle auf das „Alternative Literaturcafé“ in Angermünde. Bei der Zusammenkunft damals konnten sich Vertreter der NPD und ihre jugendlichen Anhänger aus der Stadt noch ungehindert und unwidersprochen in Szene setzen.

Allerdings verlief die Sache dann mehr oder weniger im Sande. Nach unserem Eindruck setzte der Bürgermeister damals zu sehr auf sich allein oder wurde von potentiellen Partnerinnen und Partner allein gelassen. Außerdem mischten sich zu wenige Bürgerinnen und Bürger selbst ein. Es gab noch keinen Moderator und auch keine Gruppe, die aktivierend in Erscheinung traten. Die Idee für das Bündnis entstand, als Gymnasiasten nach den Überfällen auf das „Alternative Literaturcafé“ eine Demonstration organisierten. Sie wurde erneut aufgegriffen, als die Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen (RAA) Angermünde sich am 3. Oktober 1998 in ein ursprünglich als unpolitisches Familienfest geplantes Straßenfest einbrachte. Aus dieser Zeit rührt auch die Kooperation von Stadtverwaltung und einer jetzigen MBT-Kollegin, die dort eine Vermittlerrolle zwischen RAA und Verantwortungsträgern der Stadt einnahm. Daraus resultierte ein beginnendes Miteinander.

Ein Anfang wird gemacht

Dann also ging Anfang 1999 der NPD-Aufruf zur Demonstration durch die kleine uckermärkische Stadt. Das war vielen Angermündern denn doch zu viel: „Schon wieder werden sich die Medien auf uns stürzen und über Angermünde herziehen“. Und für uns als MBT war damit ein klarer Arbeitsauftrag verbunden: Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger, die etwas tun wollen und Zusammenarbeit mit den Verantwortungsträgern. Ein Vorbild waren Bündnisse in anderen Orten, etwa in Belzig, die sich sehr positiv auf das soziale Klima auswirkten. Für uns stand freilich auch fest: Wir konnten nur Moderatoren, Unterstützer sein, Macher mussten die Angermünder selbst werden. Und Erfolg konnten wir nur haben, wenn wir auf Menschen trafen, die aktiv werden *wollten*. Also ging es zunächst um die Suche nach verlässlichen Partnern. Zugute kam uns hierbei, dass eine MBT-Kollegin in der Region zu Hause ist, viele Angermünder kennt und auch selbst bei manchen nicht unbekannt ist.

Es begann damit, dass sich Menschen aus ganz verschiedenen Berufen und unterschiedlichen politischen Lagern ansprachen und darüber redeten, dass man doch etwas tun müsse. Gemeinsam war ihnen der Wille, gegenüber rechtsextremen Tendenzen nicht die Augen zu verschließen. Dass die eine oder der andere einer Partei angehörte, war dabei unwichtig. So kam unser erstes Gespräch zustande. Dies wie auch die weiteren Treffen des basisdemokratischen und partei-unabhängigen Bündnisses gestalteten sich anfangs schwieriger als wir vermutet hatten.

Die Schwierigkeit bestand darin, einmal zwischen unterschiedlichen Standpunkten zu vermitteln und gleichzeitig selbst ein politisches Ziel zu verfolgen; letztlich mussten wir darauf achten, dass Befindlichkeiten zwar ausgesprochen werden konnten, aber nicht den eigentlichen Gegenstand des Gespräches verdrängen und damit das Projekt zum Scheitern bringen durften. Das hieß, jeden mit seinen Standpunkten ernst nehmen, auch wenn er unserer Auffassung widersprach. Und das war immer dann schwierig und aufwendig, wenn die lokale Prominenz versuchte, die anderen Teilnehmer davon zu überzeugen, doch vielleicht lieber gar nichts zu tun. Hier wurde uns einmal mehr deutlich, wie leicht Menschen zu beeinflussen sind: Vorschnell folgen sie Autoritäten des öffentlichen Lebens anstatt das Für und Wider selbst zu prüfen.

Aufgrund unserer Gespräche konnten wir darauf bauen, dass aus dem Bündnis heraus selbst etwas entgegengesetzt wurde. Und da wir am Anfang auch deutlich als Regel aufgestellt hatten, dass dies ein Bündnis *gleichberechtigter* Bürgerinnen und Bürger ist, wo jeder „sein eigener Chairman“ ist, wurde auch jedem die Chance gegeben, seine Überlegungen darzu-

stellen. Dabei beobachteten wir durchweg eine große Erwartungshaltung gegenüber den Vertretern der Stadt Angermünde. Viel Raum musste in den Debatten über unsere Aktion gegen eine NPD-Demonstration der Reflexion eigener Standpunkte und Werte der Gesprächsteilnehmer eingeräumt werden. Das Ich dominierte in dieser ersten Phase. Wir denken, es war richtig, diese Selbstdarstellungen in den Diskussionen auch zuzulassen, ja geradezu herauszufordern. Dies war eine nicht unwesentliche Voraussetzung für die spätere gemeinsame und konzentrierte Sacharbeit. Dadurch wurde es dem einzelnen auch leichter gemacht, sich von Fall zu Fall ein Stück zurückzunehmen, um den Grundkonsens nicht zu gefährden: Die gemeinsame Ablehnung von Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit sollte zu einem aktiven Handeln für Weltoffenheit und Gewaltfreiheit führen und deutlich zeigen, für welche Werte die Stadt Angermünde steht.

Starke Einwände gegen eine Gegenkundgebung gab es z.B. anfangs seitens der Landes-SPD, die am liebsten alle Türen zugemacht hätte, um die Nazis ins Leere laufen zu lassen. Dem waren auch führende Kirchenvertreter nicht abgeneigt. Auch hier galt es in der Diskussion, immer zu bedenken, dass das Wort solch Prominenter ein besonderes Gewicht hat.

Aber das Gewicht derer überwog, die aktiv werden wollten; es gelang uns in den Gesprächen, nicht nur diese geplante NPD-Demo zu thematisieren, sondern das Problem Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit insgesamt deutlicher ins Blickfeld zu rücken; am Ende bestand Einigkeit, dass es im langfristigen Interesse der Stadt Angermünde geboten ist, ein deutliches Zeichen gegen die NPD-Demo zu setzen.

Auch der Bürgermeister konnte in diesem Prozess schließlich überzeugt werden. Wir können dies hier freimütig aufschreiben, ohne ihm weh zu tun oder ihn ungerecht zu behandeln: Wir haben uns gegenseitig in unserer Zusammenarbeit als Lernende erfahren.

Spätestens an dieser Stelle ist es angezeigt, darauf zu verweisen, was während unserer gesamten Arbeit in Angermünde für uns bestimmend war. Wir hatten nicht lediglich die Funktion einer Moderation zu erfüllen, es ging immer auch um eine Ermutigung und Ermunterung von Menschen auf Dauer, es ging um eine Veränderung des gesellschaftlichen Klimas in der Stadt Angermünde, für den/die einzelne/n, für uns alle auf dem Weg in eine zivile Gesellschaft.

Schwierig gestaltete es sich in der Bündnisarbeit von Anfang an, junge Leute zu einer Mitarbeit zu motivieren. Da waren einerseits die Vorurteile verschiedener Bündnismitglieder gegenüber der „autonomen Antifa“, die ihrer Auffassung nach in den Bündnisverhandlungen nicht offen auftrat. Andererseits existierte in den Antifa-Kreisen selbst das Vorurteil, viele aus dem Bündnis würden sowieso nicht verstehen, was Jugendliche oder

jugendgemäße Aktionen ausmachen und manche, die da am Tisch saßen, besonders aus den Reihen der Verantwortungsträger, seien selbst schon in der „rechten Ecke“ angekommen. Man stand sich gegenseitig mit Misstrauen gegenüber.

Die Mehrheit der Bündnisvertreter wollten eine Gegenveranstaltung in Gestalt einer Kundgebung, die Jugendlichen wollten eine Demonstration in unmittelbarer räumlicher Nähe zu der Nazi-Demonstration. Die berechtigte Sorge, dass gerade dies zu einer Eskalation führen könnte, wurde von den jungen Leuten als Unterstellung von geplanten Gewalttätigkeiten verstanden. Diese schwierigen Diskussionen und wechselweise Fehlwahrnehmungen haben auch heute ihre Brisanz noch nicht völlig verloren. Hinter dem Konflikt zwischen den unterschiedlichen Auffassungen über mögliche Gegenaktionen steckt freilich mehr. Da standen sich nicht nur zwei Seiten mit unterschiedlichen Auffassungen gegenüber. Jugendliche und Erwachsene waren formal zwar gleichberechtigt – Gleichberechtigung aller Partner im Bündnis hatten wir gemeinsam als Regel formuliert –, aber dies dann auch tatsächlich vorbehaltlos umzusetzen, erwies sich im konkreten Fall oft als schwierig. Die gegensätzlichen Positionen zu einem aktuellen Thema sind nur ein Teil des viel komplexeren Konfliktes zwischen der jüngeren und der älteren Generation. Wo die Erwachsenen Anpassung erwarten – sie sind schließlich die Älteren und haben ihre Erfahrungen – wollen die Jugendlichen selbst bestimmen, eigene Erfahrungen einbringen und selbst Erfahrungen machen. So haben wir es auch in Angermünde erlebt. Und natürlich wollen sich Jugendliche auch in der Wahl ihrer Mittel des Protestes von den Erwachsenen abgrenzen, von denen sie sich häufig nicht ernst genommen fühlen. In den Gesprächen war deshalb immer auch sehr viel Misstrauen zwischen den Generationen zu spüren. Der Drang der Jugendlichen, selbstbestimmt etwas zu organisieren, stand auch hier dem Anpassungsdruck der Erwachsenen gegenüber.

Hinzu kommt, dass solche jugendlichen Antifa-Gruppen ihre Gesprächspartner oftmals als Zielgruppe ihrer Agitation betrachten. Diese Denkweise wurde in Angermünde auch durch einen die Jugendlichen begleitenden Pädagogen forciert. Deshalb hatten wir uns in den Bündnisgesprächen vor allem das Ziel gesetzt, um Verständnis und gegenseitige Akzeptanz zu werben.

Die Jugendlichen hatten ganz andere Erfahrungen mit Rechtsextremismus gemacht als die Erwachsenen. Während sie direkten Angriffe und Bedrohungen ausgesetzt waren, herrschte bei den Erwachsenen zu Beginn der Bündnisarbeit oftmals ein großes Unverständnis über das, was in Angermünde geschieht. Es ging darum, wirklich vorbehaltlos im Umgang miteinander Gleichberechtigung umzusetzen und dies nicht nur zu pos-

tulieren – ein wesentliches Merkmal der Zivilgesellschaft. Um mit diesen Gesprächen eine Grundlage für einen künftigen Umgang miteinander in der Kleinstadt zu legen war es wichtig, allen Gesprächsteilnehmern immer wieder die Möglichkeit zu geben, über sich selbst und ihre Erfahrungen zu sprechen, einander besser kennen zu lernen, um den oder die andere/n besser zu verstehen. Gerade in der Auseinandersetzung mit den Antifa-Jugendlichen zeigte sich, wie wichtig in derartigen Kommunikationssituationen das Umfeld ist, in dem sich alle bewegen. In Angermünde war dies damals ein Klima, in dem Vorurteile und Misstrauen oftmals fröhliche Urstände feierten.

Jede Gruppe beharrte anfangs auf ihrem Standpunkt und war kaum bereit, sich auf den anderen einzulassen. Im Verlaufe der Gespräche spalteten sich die Jugendlichen ihrerseits: Ein Teil entschied sich, engagiert die Bündniskundgebung mit vorzubereiten und dort auch einen Vertreter als Redner zu benennen, während der andere Teil eine Gegendemonstration organisierte. Aber an den Gesprächen im Bündnis blieben alle beteiligt, das immerhin konnten wir erreichen, indem wir immer wieder bemüht waren, die Gemeinsamkeiten hervorzuheben ohne die Eigenständigkeit der Beteiligten zu verletzen. Wir haben es ganz bewusst vermieden, die verschiedenen Gruppen zu animieren, den eigenen Standpunkt völlig aufzugeben; unser Bestreben ging vielmehr dahin, gegenseitige Akzeptanz zu erreichen oder wenigstens einen Grundstein dafür zu legen.

Am Ende gelang es, beide Veranstaltungen zu einem gemeinsamen Schluss zu führen: Da die Antifa ihre Demonstration am Kundgebungsort beendete, konnten die Jugendlichen, die es wünschten, auch an der Kundgebung teilnehmen. Dies mag für alle Beteiligten überraschend gewesen sein und eine wichtige Einsicht befördert haben: Es ist durchaus möglich, unterschiedliche Standpunkte auszuhalten und zu tolerieren, wenn sie sich nicht feindlich gegenüberstehen und den Grundkonsens einer menschlichen Gesellschaft aufkündigen – allerdings nur, wenn man sich auf die Auseinandersetzung wirklich einlässt

Ende Februar 1999 fand die NPD-Demonstration statt, beantwortet von der Bündniskundgebung und einer Antifa-Demonstration. Begleitet freilich von massivem Polizeiaufgebot.

Dass es zu diesen Gegenveranstaltungen kam, setzte in und für Angermünde ein wichtiges Signal. Zum ersten Mal bekundeten Bürgerinnen und Bürger der Stadt lange Zeit nach den 89er Demonstrationen, wofür sie stehen und was sie nicht länger hinzunehmen bereit sind. Viele traten aus der Anonymität der Masse heraus und zeigten couragiert ihr Gesicht. Die meisten werden gewusst haben, dass es in einer Kleinstadt wie Angermünde nahezu unmöglich ist, nach einem solchen Protest wieder in der

Anonymität zu verschwinden. Hierin sehen wir die große Leistung des Bündnisses.

Die für eine moderne Zivilgesellschaft charakteristische und unverzichtbare Zivilcourage war auch für die noch Unentschlossenen sichtbar geworden. Es hatten sich Menschen aus ganz unterschiedlichen Zusammenhängen zusammengefunden, unabhängig davon, ob sie sich in gesicherten Mehrheitsverhältnissen bewegen würden und sich entschieden: Ich mische mich ein, ich tue etwas. Ich lasse nicht zu, dass humanistische Werte in dieser Gesellschaft immer mehr vergessen gemacht werden durch rechtsextreme Propaganda.

Das Bündnis versprach sich deshalb in einer Auswertungsrunde, auch künftig miteinander im Gespräch zu bleiben und weiter miteinander zu arbeiten.

Dieses Ergebnis unserer Arbeit ist uns nicht minder wichtig als die Kundgebung selbst, da wir es für einen unschätzbaren Wert halten, Vertraute und Gleichgesinnte um sich zu wissen, auf die man sich verlassen kann. Das stärkt einerseits die eigene Zivilcourage und bietet zugleich Mut und Ermunterung in schwierigen Situationen, weil man sicher sein kann, nicht allein zu sein. Gerade auch dann, wenn kontinuierlich an einem so umfassenden Problem wie dem Rechtsextremismus gearbeitet werden soll. Für eine derartige Auseinandersetzung braucht man einen langen Atem. Das Bündnis war sich aber auch darin einig, dass man nicht nur auf Skandale wie die Demonstration der NPD reagieren will, sondern auch aus eigener Initiative aktiv und aktivierend in die Stadt hinein Einfluss nehmen möchte.

Im Frühsommer 2000 wurde ein „Toller Tag der Toleranz“ veranstaltet, zu dem ein Radio-Feature über die Stadt Angermünde und ihren Umgang mit Rechtsextremismus aufgeführt wurde und das den Bürgerinnen und Bürgern hart und ehrlich einen Spiegel vors Gesicht hält.

Gemessen an der damaligen Einwohnerzahl von 11.000 war die Zahl von ca 00 Menschen, die sich in Angermünde mit ihrer Teilnahme an der Kundgebung offen hinter die Losung des Bündnisses gestellt hatten, vielleicht nicht besonders hoch. Aber damit war ein Anfang gemacht. Menschen hatten zueinander gefunden, die gemeinsame Wertvorstellungen verbanden, die nicht mehr wegschauen, sondern aktiv werden wollten, die den Mut fanden, klar und offen zu sagen: Ja wir haben auch in unserer Stadt ein Problem, es gibt Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Und die deutlich sagten: das lehnen wir ab, damit wollen und müssen wir uns auseinandersetzen.

Die Arbeit geht weiter

Wir alle haben in diesem Prozess miteinander gelernt – einander zuzuhören, Sorgen und Nöte des Gegenüber ernst zu nehmen, sich selbst nicht immer als Dreh- und Angelpunkt zu begreifen, sich auch einmal zurückzunehmen und zugunsten eines gemeinsamen Anliegens persönliche und politische Differenzen in den Hintergrund zu stellen. Vor allem aber dies: die Courage zu haben, eine menschenverachtende Ideologie nicht zu tolerieren, sondern sich offensiv in die Auseinandersetzung zu begeben und zu begreifen: Wenn sich das Klima in einer Stadt ändern soll, dann liegt das auch in der Verantwortung jedes Einzelnen. Und das heißt, vom „Man müsste, man sollte“ zum „Ich will, ich denke, ich mache“ weiterzugehen. Eben diesen Schritt haben nicht wenige Angermünder Bürger getan.

Dieser Erfolg bestärkt uns in unserer Herangehensweise: Jeder Mensch wird mit seinen individuellen Gedanken und Gefühle geschätzt, seine Überlegungen und Einwände dürfen nicht weggeredet oder bagatellisiert werden; wir glauben an die Fähigkeit jedes Einzelnen, seine Fehler einzusehen und Positionen selbst zu revidieren. Und wir treten jedem im Gespräch offen gegenüber.

Darin fühlten wir uns sehr bestätigt, als der Bürgermeister in einem Pressegespräch offen eingestand, dass auch er am Anfang manches nicht richtig gesehen hatte. Auch er habe gelernt und es bringe gar nichts, aus Angst vor Imageschädigung die Augen zu verschließen oder die Probleme zu verdrängen und zu verleugnen. Wichtig sei es, die Herausforderungen zu benennen und gemeinsam etwas dagegen zu tun.

Dies nehmen wir zum Anlass, die Auffassung vom Menschen zu unterstreichen, die unsere Art der Kommunikation anleitet. Ruth Cohn hat in ihrem Buch *Von der Psychoanalyse zur Themenzentrierten Interaktion* 1975 das ethisch-soziale Axiom der Themenzentrierten Interaktion formuliert: „Ehrfurcht gebührt allem Lebendigen und seinem Wachstum. Respekt vor dem Wachstum bedingt bewertende Entscheidungen. Das Humane ist wertvoll, Inhumanes ist wertbedrohend.“ Albert Schweitzer hatte ganz ähnlich von einer generellen „Ehrfurcht vor dem Leben“ gesprochen. Aus dem Gedanken dieser „Allverbundenheit“ resultiert der Respekt vor jedem Menschen.

Gruppenerfahrungen wie in dem rd. 30köpfigen Bündnis können für den einzelnen aufbauend oder zerstörend sein. Uns ging es mit unserer Arbeit immer um die Stärkung des einzelnen *und* die Stärkung der Gruppe. Dabei war stets wichtig, zwei Dinge nicht außer acht zu lassen: unsere Autonomie und die unseres Gegenüber, unsere Entfaltung und die unseres Gegenüber, unsere Freiheit und die Freiheit unseres Gegenüber.

Als zum Jahresende 1999 die NPD wieder eine Demonstration angemeldet hatte, gelang es dem Bündnis in nur wenigen Tagen, vielfältige Veranstaltungen auf die Beine zu stellen: einen ökumenischen Gottesdienst, eine Antikriegsausstellung und eine Menschenkette. Auch folgten die Angermünder diesmal dem Aufruf des Bündnisses, nicht als neugierige Gaffer die NPD-Demonstration aufzuwerten.

Etwas ganz wichtiges war anders als im Februar: die Verantwortungsträger der Stadt waren von Anfang an dabei, sie übernahmen unbürokratisch sogar wesentliche organisatorische Aufgaben und stellten zugunsten der Bündnisveranstaltungen wichtige Verwaltungsaufgaben zurück. Am Rathaus prangte sichtbar die Losung „Für eine weltoffene, tolerante und gewaltfreie Stadt Angermünde“.

Als Vertreter der repräsentativen Demokratie stehen sie den Vertretern der Zivilgesellschaft – hier dem Bündnis – nicht gegenüber, sondern begreifen sich als einen ihrer Bestandteile. Das ist aus unserer Sicht die beste Voraussetzung, dauerhaft am gesellschaftlichen Klima in der Region etwas zu verändern und die öffentliche Ächtung von Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus weiter voranzutreiben, immer mehr Menschen zu ermuntern, selbst aktiv zu werden und sich mitverantwortlich zu fühlen für die Vermittlung humanistischer Werte und ihrer Verankerung in der Gesellschaft.

Angermünde hat sich in diesem einen Jahr verändert, die Begriffe „Heimat“ oder „Zu Hause sein“ haben für nicht wenige Bewohnerinnen und Bewohner wie für uns einen neuen, wärmeren Klang erhalten.

Mittlerweile wird der „Tag der Toleranz“ jährlich in Angermünde durchgeführt, seit 2002 finden jeweils eine Woche lang Aktivitäten zu diesem Thema statt.



Preis für Toleranz in Angermünde, 2002

Im Jahr 2000 war innerhalb des Bündnisses die Idee entstanden, einen Preis für Toleranz auszuloben. Damit sollten besondere Leistungen im Wirken für eine tolerante, weltoffene und gewaltfreie Stadt öffentlich gewürdigt und möglichst viele Menschen einbezogen werden. Die Unternehmer der Stadt sollten stärker eingebunden werden und als Sponsoren für das Preisgeld aufkommen.

Der Preis – ein Relief aus Speckstein, das eine Elle (Zeichen Angermünder Marktgerechtigkeit) über einem Springerstiefelabdruck zeigt – wurde 2001 auf dem Sommerempfang des Bürgermeisters erstmals feierlich

übergeben. Der Entwurf stammt von einem Strafgefangenen der Vollzugsanstalt Prenzlau, umgesetzt dann im Angermünder Bildungswerk. Er ging an eine Religionsklasse des Angermünder Gymnasiums, die in der gesamten Stadt in den Geschäften erfolgreich für den Vertrieb von Postkarten mit dem Motto „Ich sehe nicht weg“ geworben hatten. Mit dem Preisgeld hat die Gruppe weitere Projektarbeit für Toleranz und Weltoffenheit finanziert.

Das Bündnis trifft sich regelmäßig, einggerufen werden kann es von jedem Mitglied, die Koordinierung übernimmt auch bei ganz kurzfristig notwendigen Zusammenkünften die Stadtverwaltung. Ein großer Vorteil ist, dass sich in diesem Bündnis Menschen aus ganz verschiedenen politischen und beruflichen Sozialisationen zusammengetan haben – Lehrer, Gewerkschafter, Kommunalvertreter, Abgeordnete, Vertreter kleiner Unternehmen, Auszubildende, Vertreter der Polizei, der Kirche, der regionalen Presse – und es in dieser Kooperation keine Hierarchien gibt. Ein einziges Privileg hat der Bürgermeister, der die Logistik seiner Verwaltung dem Bündnis zur Verfügung stellt, so dass dadurch immer schnell und unbürokratisch Informationsstränge aufgebaut werden können. Die Einbindung der örtlichen Presse – an die das Bündnis auch die Forderung hat, sich bewusst und engagiert in die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Erscheinungsweisen einzubringen – leistet dazu das Ihre. Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit sind der gegenseitige Informationsaustausch und das Koordinieren von Aktivitäten gerade im Bereich der Prävention.

Während der „Tage der Toleranz“ 2002 zeigte sich besonders deutlich, dass gerade das Interesse der Unternehmen an der Thematik gestiegen ist. Erwartet wird von den Unternehmern allerdings auch verstärkt ein konkretes Handeln.

Alles in allem ist einzuschätzen, dass mit der Bündnisarbeit tatsächlich das soziale Klima in der Stadt Angermünde eine Veränderung erfahren hat: Immer mehr Menschen wollen sich einmischen und dabei auch persönliche Verantwortung übernehmen. Die Kommunalpolitiker spielen dabei eine herausragende Rolle.

Es ist gelungen, die „Tage der Toleranz“ zunehmend – auch wenn das nicht einfach ist – zu einem Anliegen vieler in der Stadt werden zu lassen. Das zeigt sich darin, dass die Förderschule dieses Anliegen kontinuierlich in ihren Projekttagen aufgreift oder in dem scheinbar unbedeutenden Detail wie den Wünschen von Kindern, die, an Luftballons befestigt, aus Angermünde in die Region geschickt werden. Es ist nicht immer eine Frage des Geldes, ob sich Menschen oder Initiativen mit dem Anliegen der „Tage der Toleranz“ identifizieren und sie mitgestalten.

Im Grunde sind diese „Tage der Toleranz“, die immer in der Interkulturellen Woche stattfinden, inzwischen so etwas wie ein Höhepunkt, denn dass Toleranz und Weltoffenheit nichts für nur einen Tag oder eine Woche sind, sondern an jedem Tag des Jahres gelebt werden sollten, geht immer mehr in das Alltagsleben von Schulen, Kindergärten, Verwaltung etc. ein.

Wir als MBT sind bestrebt, gemeinsam mit den Verantwortungsträgern von Kommunen und interessierten Unternehmen gerade dem Unternehmensbereich bzw. dem Verwaltungsbereich stärkere Aufmerksamkeit zu widmen. Schließlich sollte das in dieser Publikation beschriebene Beispiel aus Frankfurt (Oder) im ganzen Land Brandenburg Schule machen.

Dazu sind wir seit 2002, wenige Monate also nach Abschluss der Betriebsvereinbarung mit Bürgermeistern und Personalräten von Stadtverwaltungen und mit einer außerbetrieblichen Ausbildungseinrichtung im Gespräch.

Neben dem Angermünder Bürgerbündnis begleitet unser Regionalteam seit 2002 das in Prenzlau gegründete Bündnis „TOP – Toleranz, Offenes Prenzlau“. Hier gibt es – im Vergleich zu Angermünde – eine besonders enge Kooperation mit den Schulen der Stadt. Beide Bündnisse haben sich Ende 2003 erstmals getroffen, um ihre Erfahrungen auszutauschen, sich kennen zu lernen und zu überlegen, ob es eine Kooperation geben kann. Was oftmals mit dem Zauberwort der Vernetzung beschrieben wird, nicht selten aber von außen aufgesetzt daher kommt, nehmen die Angermünder und Prenzlauer selbst in die Hand. Sie haben eine gemeinsame Arbeitsgruppe gebildet, die eine erste gemeinsame Veranstaltung im Jahr 2004, dem Jahr der EU-Osterweiterung, koordinieren soll. Es wird ein von beiden Bündnissen organisiertes Weltbürgerfest veranstaltet, zu dem auch Gäste von der anderen Seite der Oder, aus Stettin, eingeladen sind. Und der Blick, gemeinsam Zeichen zu setzen, geht auch in den Nachbarkreis Barnim hinein. Hier hat sich Anfang des Jahres 2004 in Bernau ein Bündnis „Tolerantes Bernau“ gegründet, das auch mehr von den Angermündern und Prenzlauern erfahren möchte.

Unser Team arbeitet nun seit fünf Jahren in den Landkreisen Uckermark und Barnim. Rückblickend können wir feststellen, dass einerseits bürgerschaftliches Engagement vor Ort zugenommen hat und weiter zunimmt, andererseits auch das Interesse am regionalen und überregionalen Austausch wächst. Insofern sehen wir uns als Teil des Handlungskonzeptes der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg“ mit unseren Arbeitsansätzen bestätigt.

Angermünde im Frühjahr 2004

Wolfram Hülsemann, Michael Kohlstruck (Hg.)

**Mobiles Beratungsteam
Einblicke**

Ein Werkstattbuch

Bildnachweis und Bildrechtsinhaber:

- S. 4 u. 171: Mobiles Beratungsteam Brandenburg
- S. 18: Michael Kohlstruck
- S. 23: kontur GbR Berlin
- S. 61: Nicola Scuteri
- S. 68, 72 u. 88: Pabel Moewig Verlag
- S. 74: unbekannt
- S. 104, 105, 106 u. 107: Kasandra
- S. 114: Lausitzer Rundschau, Lokalteil Spremberg, 7.5. 2003.
- S. 120, 121 u. 129: Karin Dörre und Jürgen Lorenz
- S. 143: Pfarrer Puhlmann, Werben
- S. 152 u. 163: Miriam Schilling und Dirk Wilking

© Dezember 2004, Potsdam

Mobiles Beratungsteam Brandenburg (RAA Brandenburg e.V.)

Geschäftsstelle:

Friedrich-Engels-Straße 1

14473 Potsdam

Tel: 0331 – 740 6246, 0173 – 646 88 63

Fax: 0331 – 740 6247

E-Mail: mobiles-beratungsteam@jpberlin.de

www.mobiles-beratungsteam.de

Satz: Ralph Gabriel, Wien

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISBN: 3-00-015288-1



Inhalt

Was die vorliegende Publikation erwarten lässt	5
<i>Wolfram Hülsemann</i>	
Rahmenbedingungen und politischer Hintergrund der Beratungsarbeit im Gemeinwesen	7
<i>Michael Kohlstruck und Anna Verena Münch</i>	
Der Mordfall Marinus Schöberl	15
<i>Nicola Scuteri</i>	
Migration und Fremdenfeindlichkeit als politische und gesellschaftliche Phänomene im Land Brandenburg	47
<i>Dirk Wilking</i>	
„Der Landser“ – Wie ein Mann ein Mann wird	61
<i>Miriam Schilling</i>	
Jugendliche in der MBT-Arbeit – Erfahrungen aus dem südlichen Brandenburg	95
<i>Karin Dörre und Jürgen Lorenz</i>	
Die Stadt Angermünde und ihr Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit	117
<i>Dirk Wilking</i>	
Relevanz der ländlichen Regionen für das MBT	129
<i>Jürgen Lorenz und Karin Dörre</i>	
„Für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“	163